

Was Ohnmacht macht – Handlungsspielraum in Österreich

Brigitte Unger

1. Die Ohnmacht des Sieges

„Ein Wert ist ein Bündel von Normen“ – oder war es umgekehrt – „eine Norm ist ein Bündel von Werten“, beeindruckt hatte mich jedenfalls nachhaltig „das Bündel“. Mit dieser ersten tiefen Einsicht in Max Webers Werke aus dem Soziologieproseminar, war ich vollstens zufrieden, entsprach es doch ganz meiner Vorstellung, dass man an einer Universität eine andere Sprache als im Alltag spricht.

Mein erster Studientag der Volkswirtschaft an der Universität Wien, 1977, führte mich sodann in das Proseminar aus Wirtschaftspolitik von Professor Erwin Weissel, wo „das Bündel“ des normativen soziologischen Dreiecks um Akteure und Handlungen ergänzt wurde. „Wie hiess der erste Gewerkschaftspräsident der Zweiten Republik?“ Keine Hand erhob sich zu Wort. „Was, niemand weiss wie der erste ÖGB-Präsident geheissen hat?“ Kein Laut. „Böhm“ donnerte Erwin Weissel in die langatmige, peinliche Stille, „Johann Böhm“. Die wichtigsten Akteure der österreichischen Wirtschaftspolitik, die Sozialpartner, bekamen allmählich Namen und Gesichter. Dann fing er von der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung und ihren Handlungen zu erzählen an. Von „der Ohnmacht des Sieges“ nach dem Ersten Weltkrieg und ihren Auswirkungen auf die Arbeiterbewegung bis zu den Februarkämpfen im Jahr 1934.¹

Er war ein packender Redner. Der einzige Professor, der seine Sprache nicht der Universität angepasst hatte. Am auffallendsten war, dass man ihn

¹ Weissel 1976.

verstand. Er ergänzte das normative soziologische Dreieck um eine weitere Dimension der Gesellschaft: Macht. Die Webersche Definition „Macht ist die Chance seinen Willen durchzusetzen auch gegen den Willen des anderen“ brauchten wir nicht zu lernen, wir erahnten sie auch so. Macht und Ohnmacht wurden lebendige, verinnerlichte Bilder des 12. Februar 1934. Zuletzt wurden Seminarthemen vergeben. „Labour in an Affluent Society“ hiess das Buch, das ich für ein Referat ausarbeiten sollte. Dies entsprach wiederum meiner Vorstellung von einer Universität: das Wort „affluent“ verstand ich nicht.

2. Die Akteure und ihre Ohnmacht

Der Wohlstand der Nachkriegsjahre bewirke eine Ohnmacht der Politik der Arbeitnehmer, klagten die dafür zuständigen wirtschaftspolitischen Akteure, Gewerkschaft, Arbeiterkammer, Sozialistische Partei und Regierung zunächst. Umverteilung sei nicht möglich. Die Arbeitnehmer, eingekullt in ihrem „affluent“ Überfluss an Konsumgütern, seien nicht mehr vom Fernsehapparat wegzulocken, um sich politisch zu betätigen, zu protestieren oder gar zu streiken. Aber immerhin waren es noch satte, vollbeschäftigte Arbeitnehmer, die da hinter dem Fernsehapparat sassen. Und solange die Wachstumsraten Einkommenszuwächse für alle zuließen, war Umverteilung kein akutes Thema.

In den achtziger und neunziger Jahren lautete das Argument, Umverteilung sei nicht möglich, weil die geringeren Wachstumsraten eine Verknappung der Mittel und ein Beschäftigungsproblem hervorrufen. Kampf der Arbeitslosigkeit statt Kampf dem Kapital oder Tod dem Rentier lautete nun die Devise.

„Die unpolitische Ökonomie der Gewerkschaften“² ging nicht auf. Gewerkschaften sahen sich einem zunehmenden Mitgliederschwund gegenüber. Auch die SPÖ verlor deutlich an Stimmen, Banker und Manager übernahmen die Führung der Arbeiterpartei. „Effizienz“ ersetzte die Worte „Umverteilung und Vollbeschäftigung“ und die SPÖ änderte ihren Namen von Sozialistische in Sozialdemokratische Partei Österreichs. Globalisierung machte es nun leicht, den neoliberalen Schwenk und die eigene Ohnmacht mit dem internationalen Kapital zu rechtfertigen.

² Weissel 1975.

Der wirtschaftspolitische Handlungsspielraum habe abgenommen. Die Wirtschaftspolitik sei eine Gefangene von Sachzwängen geworden, die durch zunehmende Internationalisierung und Globalisierung vorgegeben werden. Politik müsse heute unter Bedachtnahme auf die Reaktionen der Finanzmärkte und der multinationalen Konzerne erfolgen, die eine "linke" Politik sanktionieren. Finanzmärkte gestalten die Politik und die Politiker haben die Wirtschaft zu fördern. Da bleibt kein Spielraum für Budgetdefizite, Umverteilung, oder einen Ausbau des sozialen Sicherungsnetzes. Ziele des Neoliberalismus, wie Deregulierung und Privatisierung schienen vorgegebene politische Parameter geworden zu sein.

3. Die grosse Chance - Handlungsspielraum in Österreich

Wirtschaftspolitischer Handlungsspielraum setzt sich aus mehreren Komponenten zusammen:

1. Aus dem Grad der Internationalisierung bzw. der ökonomischen Abhängigkeit eines Landes vom Ausland. Dieser ist in Österreich in der Tat sehr hoch. Sowohl die aussenwirtschaftliche Handelsverflechtung als auch die grenzüberschreitende Kapitalmobilität waren auch vor dem EU-Beitritt bereits überdurchschnittlich hoch und wurden nur von Ländern wie Belgien, Luxemburg und den Niederlanden übertroffen.
2. Aus den binnenwirtschaftlichen Möglichkeiten eines Landes, die für Industrieländer aufgrund eines ähnlichen Grades der Industrialisierung aber ziemlich ähnlich sind.
3. Aus den aussenpolitischen Droh- und Sanktionsmöglichkeiten eines Landes gegenüber dem Ausland. Diese sind für alle kleinen Länder gering.
4. Aus den politischen Droh- und Sanktionsmöglichkeiten des Auslandes gegenüber dem Land. Auch hier haben kleine Länder meist einen komparativen Nachteil.
5. Aus den innerpolitischen Durchsetzungsmöglichkeiten wirtschaftspolitischer Massnahmen. Wie vergleichende empirische Untersuchungen zwischen 1970 und 1997³ zeigten, hat Österreich hier (hinter Grossbritan-

³ Unger 1997.

nien und Norwegen) einen der grössten Handlungsspielräume von achtzehn OECD-Ländern (EU-Länder, Schweiz, USA und Japan). Es gilt, „die grosse Chance“⁴ in Hinkunft zu nutzen.

4. Der grosse EU-phemismus – eine Fortsetzung

Die Bildung der schwarz-blauen Koalition in Österreich zu Beginn des Jahres 2000, die massive Proteste sowohl des Auslands wie auch des Inlands hervorrief, könnten manche veranlassen, den innerpolitischen Handlungsspielraum Österreichs als nicht mehr gegeben anzusehen. Die Sozialpartnerschaft, die auf einer grossen Koalition basierte, sei nun innenpolitisch nicht mehr abgesichert. Die angedrohten und verhängten politischen und wirtschaftlichen Sanktionen des Auslands zeigten, dass ein kleines Land sowohl ökonomisch wie auch politisch keinen Handlungsspielraum mehr hat.

Hier kommt der von Weissel angeprangerte EUphemismus⁵ zum Tragen. Da es in Österreich nur einen Pro-EU-Monolog gegeben hat, scheint sowohl der Bevölkerung als auch den politischen Akteuren die Tatsache entgangen zu sein, dass eine Mitgliedschaft in der Wirtschafts- und Währungsunion nicht nur ein wirtschaftliches, sondern auch ein politisches Arrangement ist und dass sowohl ökonomische wie auch politische Nutzen und Kosten damit einhergehen, die es vor dem Beitritt abzuwägen galt.

Schmitter hatte bereits 1994 verdeutlicht, dass die EU in erster Linie eine politische und keine ökonomische Vereinigung sei, mit dem Ziel, den Frieden in Europa herzustellen. Politische Integration sollte nur über den attraktiven Umweg gemeinsamer ökonomischer Interessen beschleunigt werden.

Die Auswirkungen einer Europapolitik auf die nationalen Politiken zeigte Schmitter (1994, 1999) in der Tendenz richtig auf. Um den Integrationsprozess voranzutreiben, müsse die EU immer neue Themen suchen. Der Integrationsprozess gleiche einem Fahrrad, das nicht zum Stillstand kommen darf, da es sonst umfällt und Verteilungsfragen zwischen den EU-Ländern in den Vordergrund rücken und den Integrationsprozess gefährden würde. Vom Binnenmarkt zum Euro, von der Osterweiterung bis zu

⁴ Weissel 1963.

⁵ Weissel 1996.

Sicherheitsfragen. Derzeit herrschen nationale Sicherheitsfragen (Schutz vor Rechtsextremismus vor allem in Ländern wie Frankreich und Belgien) und die Demonstration einer gemeinsamen Europapolitik vor.

Dass in Österreich – sonst doch stets auf gute Aussenhandelsbeziehungen bedacht – die Warnungen des Auslands von einer Mehrheit der Bevölkerung (laut der Tageszeitung „Der Standard“ rund zwei Drittel der Befragten) ignoriert wurden, oder zumindest die Demonstration nationaler politischer Autonomie gutgeheissen wurde, zeigt ein grundsätzliches Missverständnis des EU-Beitritts auf: dazugehören zu wollen, aber ohne Kosten. Während die Aufgabe der geldpolitischen Autonomie und nationalen Währung – immerhin neben der Fahne und der Polizei das dritte politische „Wahrzeichen“ einer Nation – ohne nennenswerte Diskussion oder Proteste erfolgte, scheint bei Fragen der zulässigen Portion von Antisemitismus das österreichische Autonomie- und Demokratiebewusstsein zu erwachen.

Die Tatsache, dass trotz massiver anhaltender Proteste des Auslands und des Inlands die schwarz-blaue Koalition die Regierung antrat, zeigte, dass der innenpolitische Handlungsspielraum durchaus noch vorhanden ist. Ja, er scheint eine grössere Willkür denn je zu erlauben, egal wie lange diese Regierung im Amt sein wird.

Was die innenpolitische Durchsetzung wirtschaftspolitischer Massnahmen der Regierung anbelangt, wird dies aber entscheidend vom Verhalten der Sozialpartner abhängen. Der innenpolitische Handlungsspielraum Österreichs war bisher durch die vorherige Abstimmung von wirtschaftspolitischen Massnahmen mit den Sozialpartnern hoch gewesen. In Zukunft könnte es zu stärkeren Protesten bei Kürzungen von seiten der Arbeitnehmervertretungen und Oppositionsparteien kommen. Im folgenden soll der innenpolitische österreichische Handlungsspielraum am Beispiel der Budget- und Steuerpolitik verdeutlicht werden.

5. Steuerpolitik als Kunst des Möglichen? – 40 Jahre Budget- und Steuerpolitik in Österreich

5.1 Das volle Fass

In den fünfziger und sechziger Jahren wurden die Weichen der Steuerstruktur gesetzt, die teilweise noch bis heute zu finden sind. Budget- und Steuer-

politik waren wachstumsorientiert. Österreichs Wachstumsraten lagen in dieser Periode immer über dem OECD-Durchschnitt.⁶

Der sogenannte Raab-Kamitz-Kurs bestand in der Stimulierung sowohl privater Ersparnisse als auch privater Investitionen. Die Einführung von Exportsubventionen und -garantien und Förderungen des Tourismus prägen das österreichische Steuersystem bis heute. 1953 wurde die vorzeitige Abschreibung eingeführt, die fünfunddreissig Jahre beibehalten wurde. 1972 wurde der Investitionsfreibetrag als Alternative eingeführt.⁷

Ungewöhnlich im internationalen Vergleich waren neben den vielen indirekten Wirtschaftsförderungen auch die hohe Sparförderung. Fast jede Sparform wurde – meist steuerlich – gefördert. Österreichs hohe Spar- und Investitionsquote gehen auf diese Massnahmen zurück. Die Sparförderung, die bei Vollbeschäftigung in der Wiederaufbauphase inflationsdämpfend und daher sinnvoll sein konnte, wurde in Zeiten der Arbeitslosigkeit ein Hemmschuh, denn in diesen Zeiten galt es, den Konsum und nicht das Sparen zu fördern.

Direkte Wirtschaftsförderung war bis in die achtziger Jahre sehr niedrig. Die Subventionen an die Landwirtschaft, an die Verstaatlichte Industrie und Zuschüsse zu den Defiziten der Österreichischen Bundesbahnen betragen aber selbst in ihrem Höhepunkt 1987 nie mehr als 3,5% des BIP, was dem OECD-Durchschnitt entspricht.⁸

Der wachstumsorientierte Kurs der sechziger Jahre wurde in den siebziger Jahren, mit der Regierungsübernahme durch die SPÖ, beschäftigungsorientierter. 1972 wurde als Folge der EU-Verordnung von 1967 die Umsatzsteuer durch die Mehrwertsteuer ersetzt. Erhöhungen der Mehrwertsteuersätze wurden ein beliebtes Instrument um Steuereinnahmen zu erhöhen.

Der erste Ölchock traf Österreich gänzlich unerwartet. Das Wirtschaftsforschungsinstitut und das Institut für Höhere Studien hatten noch im Dezember 1974 Wachstumsraten von +3,5% für 1975 prognostiziert. Mit Inflationserwartungen von 10% waren die Lohnabschlüsse für 1975 +14% gewesen. Das Stagflationsphänomen – der Wachstumseinbruch von -2% bei gleichzeitigen Kostendruck induzierten Inflation und den überhöhten Lohnabschlüssen – wurde sozialpartnerschaftlich überwunden. Die

⁶ Siehe Bellak et al., 1997, 142.

⁷ Siehe Lehner 1991, 474.

⁸ Siehe Szopo 1991, 468.

gemeinsamen Fehler wurden gemeinsam korrigiert.⁹ Das „Wunder“ der Sozialpartnerschaft¹⁰ bestand vorrangig im Einsatz des Budgets. Dies zu einem Zeitpunkt zu dem die meisten anderen Ländern von einer keynesianischen Politik bereits wieder abgingen.¹¹

1975 war ein Wahljahr und die SPÖ unter Kanzler Bruno Kreisky wollte die absolute Mehrheit wiedererlangen. Erstmals wurde vom Grundsatz des ausgeglichenen Budgets abgegangen und ein Budgetüberschreitungsgesetz beschlossen. Das Budgetdefizit stieg von 1974 1,5% des BIP auf 1975 4,5%. Da es vorrangig im Ausland finanziert wurde, war keine „crowding out“-Gefahr gegeben.

Neben dem Budget waren allerdings auch andere Massnahmen beschäftigungsfördernd, wie etwa die Arbeitszeit, die 1975 auf 40 Stunden reduziert wurde, nachdem sie schrittweise 1970 von 45 auf 43 und 1972 auf 42 gesenkt worden war.¹²

Um die Leistungsbilanzprobleme, die aus einer expansiven Budgetpolitik folgen, zu vermindern, wurde eine 32prozentige Luxussteuer auf Autos eingeführt. Auch die vorzeitige Abschreibung für Ausrüstungsinvestitionen wurde zwischen 1974 und 1976 von 50% auf 75% erhöht, in der Hoffnung, Exporte im Rahmen des Assoziierungsvertrages mit der EU zu stimulieren.¹³ Im internationalen Vergleich hat Österreich jedoch den ersten Ölshock besser als die meisten anderen ölimportierenden Länder überwunden und konnte die Vollbeschäftigung aufrechterhalten ohne dass massive Budgetprobleme auftraten.

5.2 Vom Krügel zum Seidel

Die Budgetkonsolidierungspolitik folgte seit 1978 der sogenannten „Seidel-Formel“. Diese Formel, nach Staatssekretär Hans Seidel benannt, besagte, dass das Nettodefizit nicht mehr als 2,5% des BIP betragen soll, um ein Explodieren der Staatsschuld zu verhindern. Alternative Berechnungen schlugen vor, die „Seidel-Formel“ durch die „Krügel-Formel“ zu ersetzen,

⁹ Scharpf 1987, 56.

¹⁰ Weissel 1980.

¹¹ Siehe Hemerijck et al., 2000.

¹² Hauth 1989, 19.

¹³ Siehe Lehner 1991, 474.

denn sie ergab ein deutlich höher mögliches Nettodefizit von 4,5% des BIP.¹⁴

1981 konnte die „Seidel-Formel“ eingehalten werden. Aber die darauffolgende Rezession 1981/82, ausgehend von der amerikanischen Hochzinspolitik, die auf Europa übergang, wurde neuerlich mit Budgetpolitik bekämpft. Zwei Sonderbeschäftigungsprogramme und die Inanspruchnahme des Konjunkturausgleichshaushalts 1983 erhöhten das Nettodefizit 1983 auf 5,4%, seinen Höchstwert in der Nachkriegsperiode. Hohe Zinszahlungen bewirkten, dass der Schuldendienst ein zunehmendes Problem wurde.

Im September 1983 kündigte die Regierung ein Konsolidierungspaket an, das vorwiegend aus Steuererhöhungen bestand. Die Mehrwertsteuer wurde um zwei Prozentpunkte angehoben, die heftig umstrittene Zinsertragssteuer (von der ÖVP als „Sparbuchsteuer“, d.h. als Steuer auf den Kapitalbestand und nicht nur den Zuwachs bezeichnet) wurde per 1.1.1984 mit 7,5% auf alle Zinseinkommen eingeführt. Sie war allerdings nur von kurzer Dauer, wurde 1985 auf 5% gesenkt und per 1.7.1986 wegen Doppelbesteuerung abgeschafft.

1983 verlor die SPÖ nach dreizehn Jahren Alleinregierung die absolute Mehrheit. Die Ära Kreisky, und der mit ihm assoziierte „Austro-Keynesianismus“ gingen damit zu Ende, obgleich schon die Beschäftigungsprogramme 1982 und 1983 nur noch Alibi-Aktionen waren.¹⁵

5.3 Vom Seidel zum Pfiff

Der nicht mehr existente Austro-Keynesianismus wurde 1985 offiziell zu Grabe getragen, als Bundeskanzler Sinowatz, der 1983 eine rot-blaue Koalition mit dem (liberalen) FPÖ-Vizekanzler Steger eingegangen war, den Wirtschaftsbericht der Regierung im Parlament vorstellte. Der Austro-Keynesianismus wurde darin als eine „Politik des Durchtauchens“ bezeichnet, die langfristig nicht mehr finanzierbar sei.¹⁶

Nachdem Sinowatz, der sich massiv gegen die Kandidatur Kurt Waldheims ausgesprochen hatte, nach dessen Wahl zurückgetreten war, wurde der damalige Finanzminister Vranitzky Kanzler. Er repräsentierte den

¹⁴ Siehe Kratena et al., 1988.

¹⁵ Seidel 1993.

¹⁶ Seidel 1993, 146.

Bankensektor und den neuen Managertypus des Politikers. Nach dem Innsbrucker Parteitag im September 1986, an dem Haider die FPÖ-Spitze übernahm und Vranitzky sich weigerte, mit ihm die Koalition fortzusetzen, gab es Neuwahlen und eine rot-schwarze Koalition mit Alois Mock, der bereits 1960 die Europaidee für Österreich verfolgt hatte.

Die wohl markanteste Änderung seit dem „goldenen Zeitalter“ war die Aufgabe der Verstaatlichten Industrie. 1985 beschäftigten die beiden Stahlwerke Voest-Alpine und VEW, nach den Stahlfusionen der Ära Kreisky, 30.000 Menschen. Die Verstaatlichte Industrie beschäftigte jedoch insgesamt 102.160, d.h. 18,4% der Industriebeschäftigten und erzielte 31,6% des Gesamtumsatzes, 21,5% der Exporte und 19,2% der Investitionen.¹⁷

Zwischen 1981 und 1985 hatten die Voest-Alpine und VEW 25 Mrd. ATS Subventionen erhalten. Trotzdem war der Eigenkapitalanteil von 42% im Jahr 1972 bis zum Jahr 1986 um 0,7% gesunken und die Voest brauchte weitere 16 Mrd. ATS.¹⁸

Die „modernisierungsbereite“ SPÖ, insbesondere Verstaatlichtenminister Streicher und Finanzminister Lacina forcierten die Aufgabe der Verstaatlichten Industrie. Privatisierung war das Wahlkampfthema 1986 gewesen. Der Abbau des Verstaatlichtensektors begann mit der Privatisierung der Länderbank im September 1987, im November 1987 folgte die ÖMV, dann die Verbundgesellschaft, die Austrian Airlines und die Creditanstalt.¹⁹

Mit dem Zusammenbruch der Verstaatlichten Industrie war ein Grundpfeiler der österreichischen Beschäftigungspolitik zusammengebrochen. Der Zusammenbruch des gewerkschaftlich gut organisierten Industriezweiges bedeutete jedoch Mitgliederverluste des ÖGB. Die Arbeitslosenraten stiegen und die nun arbeitslos gewordenen Menschen waren eine williges Klientel der FPÖ. Die Konsequenz der Aufgabe der Verstaatlichten Industrie war freilich eine ausgabenseitige Entlastung des Budgets.

5.4 Vom Pfiff zum letzten Tropfen – Die Steuerreform 1988

Die Steuerpolitik hatte bis Mitte der achtziger Jahre weiterhin Investitionen und Sparen gefördert. Die Investitionsprämie für Jungunternehmen

¹⁷ Aiginger 1986, 495.

¹⁸ Ebenda, 494.

¹⁹ Siehe Feuchtmüller, 1987.

wurde eingeführt. Das Sparen in neu emittierten Aktien von Jungunternehmen wurde gefördert, um Österreicher zu mehr Risikokapitalhaltung anzuregen. Inderst et al. (1990) zeigten, dass die Sparförderung (mit Ausnahme der Bausparförderung) weder allokativ noch distributiv legitimiert war.

Angeregt von internationalen Steuerreformen in den USA, Deutschland und Schweden hat Österreich die Steuerreform 1988 betrieben.²⁰ Die Körperschaftssteuer wurde von 55% auf 30% gesenkt (später wieder auf 34% angehoben). Damit wurden Unternehmen weniger als in den USA (New York 39,9%), den Niederlanden (35%) oder Belgien (39%) besteuert. Ein Hauptziel der Reform war es, Steuerausnahmen zu reduzieren: Steuerliche Investitionsförderungen wurden reduziert und die Sparförderung fast zur Gänze abgeschafft. Auch wurde die vorzeitige Abschreibung abgeschafft (die Investitionsprämie wurde schon 1987 abgeschafft) und steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten mussten im Einklang mit dem wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens stehen. (Zuvor konnte ein Unternehmen unbegrenzt abschreiben, mit dem Effekt, dass 61% der Gewerbetreibenden und 66% der Unternehmen keine Gewerbe- bzw. Körperschaftssteuer bezahlten). Von den 532.570 Steuerfällen, die 1988 Einkommenssteuer deklarieren mussten, waren 149.990 sogenannte „Nullfälle“, d.h. sie bezahlten überhaupt keine Einkommenssteuer aufgrund von Steuerausnahmen.²¹ Die SPÖ war auf Ausweitung der Steuerbasis durch Reduktion von Steuerausnahmen bedacht. Gleichzeitig wurden auf Wunsch der ÖVP die Einkommensgrenzsteuersätze reduziert. Als Resultat davon fiel die Steuerquote 1989 von 42% auf 40,8%.

Wenig verändert wurden die indirekten Steuern. Die Kapitalertragssteuer KESt II wurde eingeführt. Um Steuerhinterziehung durch anonyme Sparbücher zu vermeiden, war die Steuer diesmal an der Quelle, nämlich von den Banken, abzuführen. Der Steuersatz von 10% ist aber angesichts der Tatsache, dass die Kapitalertragssteuer auf Aktien und Wertpapiere (KESt I) 25% und der durchschnittliche Einkommensteuersatz 34% war, sehr niedrig. Teilweise ist dieses Resultat auf die Tatsache zurückzuführen, dass auch die SPÖ und die Gewerkschaften eine Klientel hat, die Sparbücher besitzt.

Die makroökonomischen Auswirkungen der Steuerreform 1988 waren insgesamt jedoch sehr bescheiden. So gelang es nicht, die Steuerquote zu

²⁰ Nowotny 1988.

²¹ WISO 1992, 45.

erhöhen, um künftige Budgets damit zu finanzieren. Auch die Beschäftigungseffekte waren mäßig ausgefallen. Das Wirtschaftsforschungsinstitut berechnete einen Beschäftigungszuwachs von lediglich 6.000 Personen, einen Abbau der Arbeitslosigkeit um 0,2% und ein Wachstum von 0,3%. Die Reform war wohl mehr ein politisches Signal, dass von nun an das Budget nicht mehr für Steuerausnahmen zur Verfügung steht.²² Die Steuerreform hatte auch nicht vorgehabt, die Einkommensverteilung zu verändern, d.h. sie sollte explizit „verteilungsneutral“ sein²³ und die Effizienz fördern. Ironischerweise ist der Versuch, Österreichs Steuerstruktur an jene der anderen EU-Länder anzugleichen, fehlgeschlagen. Österreichs verhältnismässig hohe indirekten Steuern wurden durch die Senkung der direkten Steuern prozentuell noch gewichtiger. Und genau diese Angleichung an internationale Standards war doch Ziel der Reform gewesen! Oder hatte man darunter nur die Senkung von Steuersätzen und „Standortverbesserung“ gemeint?

5.5 Vom letzten Tropfen zum leeren Glas – die Steuerreform 1993

Die neunziger Jahre starteten zunächst mit einem "Migrationsschock": 1991 stieg das Arbeitsangebot am österreichische Arbeitsmarkt kräftig an. Die weitgehende Absorption des Migrationsschocks durch Erhöhung der öffentlichen Beschäftigung um 140.000 kann als "Austro-Element" der Arbeitsmarktpolitik gegen neoliberale Strömungen interpretiert werden.

Die neuerliche Steuerreform 1993 hingegen folgte der neoliberalen Welle deutlich. Sie zielte darauf, den "Standort Österreich" zu sichern. Die Gewerbesteuer und die Vermögenssteuer wurden gänzlich abgeschafft. Österreich hatte mit dieser Senkung der Steuersätze Zeichen einer Politik des Steuerwettbewerbs gesetzt mit der Konsequenz, daß es sich zunehmend zu einem Steuerparadies entwickelte:²⁴ Während die unverteilteten Gewinne zwischen 1988 und 1996 um 95% gestiegen sind, sind die Steueraufkommen aus Unternehmung und Vermögen nur um 38% gestiegen. Im Vergleich dazu sind die Lohnsteueraufkommen trotz Steuersenkungen um 50% ge-

²² Lehner 1991, 475.

²³ Nowotny 1988.

²⁴ Farny 1996, 61.

stiegen.²⁵ Die grössere Flexibilität des Kapitals bei der Steuergestaltung zeigt sich hier deutlich.

Bezüglich der Vermögensbesteuerung fällt Österreich weit unter den EU-Durchschnitt und liegt sogar unter der Türkei.²⁶ Die ursprüngliche Idee der SPÖ-Verhandler, die Abschaffung der Vermögenssteuer durch eine Erhöhung der Erbschaftssteuer zu kompensieren, konnte nicht verwirklicht werden.²⁷

6. Die Armut des Habens – Die Sparpakete

Nach einer Volksabstimmung, bei der mehr als 66 Prozent der Österreicher Pro-EU abgestimmt hatten, wurde Österreich am 1.1.1995 Mitglied der Europäischen Union. Die damit verbundenen Konsequenzen einer zunächst deutlichen Erhöhung des Budgetdefizits und von anschliessenden Sparpaketen, um die Maastricht Kriterien und später den Stabilitätspakt zu erfüllen, wurden erst später thematisiert. Auch die massiven Veränderungen in vielen anderen wirtschaftspolitischen Bereichen wurden erst sukzessive zum Thema (eine Ausnahme bildete die heftig diskutierten verkehrspolitischen Probleme des Transitverkehrs).

Bis 1995 war Budgetpolitik ausgabenseitig immer noch für Beschäftigungszwecke eingesetzt worden. Öffentliche Beschäftigung wurde in Österreich noch deutlich betrieben, etwa um den Migrationsschock 1991 zu absorbieren, während die meisten anderen EU-Länder bereits seit Anfang der neunziger Jahren ihre Ausgaben reduzierten. Nur Frankreich teilt mit Österreich die Besonderheit des öffentlichen Sektors für die Beschäftigung.²⁸ Die expansive Beschäftigungspolitik des öffentlichen Sektors ging nicht nur auf den Bund, sondern auch auf die Sozialversicherungen und die Gemeinden zurück.

Während die Beschäftigung zwischen 1987 und 1996 um 210.000 (+7%) anstieg, wurden zwei Drittel der zusätzlichen Jobs (+140.000) vom öffentlichen Sektor (inklusive Dienstleistungen im Gesundheits- und Bildungsbe-

²⁵ Ebenda, 82.

²⁶ Ebenda, 74.

²⁷ Interview Nowotny 1998.

²⁸ Siehe Scharpf et al., 2000.

reich) geschaffen. Erst 1997 kam es zu einem gänzlichen Einfrieren der öffentlichen Beschäftigung.

Ursprünglich hatte Österreich, um die Maastricht-Kriterien zu erfüllen, lineare Ausgabenkürzungen über alle Ministerien geplant. Kürzungen wurden aber durch massive Erhöhungen der Exportsubventionen und die direkten und indirekten Kosten des EU-Beitritts überkompensiert. Die Sparpläne wurden nicht erfüllt. 1995 waren die Gesamtausgaben des Staates auf 53% des BIP angestiegen.

Die Sparpakete 1995 und 1996 können im internationalen Vergleich wohl als ein "Meisterstück" ausgabenseitiger Budgetkonsolidierung angesehen werden und als ein deutlicher Existenzbeweis eines hohen innerpolitischen Handlungsspielraums. Österreich ist das einzige Land Europas, in dem die Senkung des Budgetdefizits und der Staatsschuld in Prozent des BIP ohne nennenswerte Proteste, wie in Frankreich oder Deutschland, gelang. Zunächst versuchten Finanzminister Lacina und Staatssekretär Ditz unter der grossen Koalitionsregierung Vranitzky/Schüssel 1994, ohne Einbeziehung der Sozialpartner, ein Konsolidierungsmassnahmenpaket im Alleingang zu schnüren. Als Metallindustriengewerkschaftsführer Rudolf Nürnberger unter Protest das SPÖ-Verhandlungskomitee verliess und das Paket als inakzeptabel bezeichnete, war klar, dass es keine Chance einer Durchsetzung hatte.²⁹ Das 1995 verabschiedete Strukturanpassungsgesetz (Sparpaket I), das schliesslich die Zustimmung auch der Gewerkschaften fand, war ein entschärfter Kompromiss. Durch Miteinbeziehung der Sozialpartner in die Ausarbeitung des Strukturanpassungsgesetzes 1996 (Sparpaket II), wurden letztendlich noch viel weitreichendere Massnahmen als 1994 beschlossen. Durch Einbindung der Sozialpartner, insbesondere der Gewerkschaften, gelang die politische Akzeptanz des "Sparpakets" in einem Ausmass, wie es der Regierung allein nie gelungen wäre. Die Sozialpartner, insbesondere die Arbeitnehmervertreter, übernahmen dabei das von der Regierung vorgegebene Thema und erfüllten Staatsentlastungsfunktion, indem sie ihren Mitgliedern unpopuläre Sparmassnahmen erläuterten. Trotzdem gelang zumindest eine Verzögerung der Durchsetzung des Sparpaketes um ein oder zwei Jahre, obgleich auch die Tempovorgabe zunehmend durch die Regierung erfolgt.

Die Diskussion der Teilnahme an der Währungsunion erfolgte ähnlich wie die EU-Debatte. So wie behauptet wurde, dass Österreich eigentlich schon Mitglied der EU sei, weil es im europäischen Wirtschaftsraum ist

²⁹ Tálos/Kittel 1999.

und die EU-Abstimmung daher eigentlich nur den Status quo bescheinige, wurde behauptet, dass Österreich eigentlich schon Mitglied einer Währungsunion sei, weil es den Schilling an die DM gebunden hatte. Ebenso wie bei der EU-Debatte erfolgte keine Diskussion der Probleme, die mit der Aufgabe der Währung für ein Land verbunden sein können. Etwa, dass Abwertungsgefahr als disziplinierende Rute im Fenster für Lohnverhandlungen wegfällt. Zwei Drittel der ÖsterreicherInnen sind mit dem Euro zufrieden, von den Konsequenzen auf die künftige Budgetpolitik erfuhr niemand etwas: Der Stabilitätspakt von Dublin 1996 sieht für Teilnehmerländer der Wirtschafts- und Währungsunion ein über den Konjunkturzyklus ausgeglichenes Budget vor, d.h. eine weitere Senkung der Budgetdefizite auf 0% und teure (monetäre) Sanktionen bei Nichterfüllung der vom europäischen Rat genehmigten Defizite.

7. Mit Steuern steuern? – Die Steuerreform 2000

Die von der grossen Koalition verabschiedete Steuerreform 2000 hat zum Schwerpunkt Familienförderung (12 Mrd. ATS Einnahmefall) und eine Tarifreform der Einkommens- und Lohnsteuer (17 Mrd. ATS Einnahmefall) gehabt, d.h., dass entweder Budgetausgabeneinsparungen oder Defizite von zusätzlich rund 30 Mrd. ATS anfallen werden. Oder aber jenes Wunder tritt ein, auf das der Wirtschaftsbericht der Bundesregierung vom Juli 1999 (S. 33) setzt: „Der gesetzte Rahmen von 30 Mrd. ATS wird zwar keine kurzfristige Senkung des Budgetdefizits erlauben, gewährleistet jedoch auch, dass kein zukünftiges Sparpaket notwendig sein wird“, heisst es dort kryptisch zur Steuerreform 2000. Leider wird keine Begründung dafür abgegeben, wie dieses Wunder ablaufen soll. Soll der Konsum aufgrund der Steuersenkungen plötzlich explodieren und Mehrwertsteuereinnahmen dieser Grössenordnung lukrieren? Oder soll in Österreich die in den USA unter Reagan praktizierte, aber dann in Ungnade gefallene Laffer-Kurve plötzlich gelten? In den USA hatten die Steuersenkungen nicht zur erhofften Stimulierung der Angebotsseite geführt, sondern schlicht zu Steuereinnahmenverlusten und höheren Budgetdefiziten. Damit rückt die Erreichung der Ziele im österreichischen Stabilitätsprogramm 1998-2002, das eine Nettoverschuldung der öffentlichen Haushalte von nur 1,4% des BIP vorsieht, in weite Ferne. Umverteilungsmassnahmen von Kapital zu Arbeit fehlen gänzlich. Umgekehrt konnte ein Ziel der Arbeitgeber, nämlich die

Lohnnebenkosten zu senken, auch nicht verwirklicht werden. Statt ausgabenseitig Armut und Arbeitslose zu unterstützen, wurde innerhalb der beschäftigten Erwerbstätigen umverteilt. Die starke Entlastung von Familien, unabhängig vom Einkommen, zeigt deutlich, dass Verteilungspolitik nicht Ziel der Reform war.

Aber was war eigentlich das Ziel der Reform? Im Bericht der Steuerreformkommission an den Bundesminister für Finanzen, Rudolf Edlinger, im November 1998, werden folgende Reformvorgaben an die eingesetzte Kommission erwähnt: 1. Vereinfachend; 2. Strukturbereinigend; 3. Belastungsausgleichend; 4. Dies alles soll aufkommensneutral, d.h. ohne Zusatzbelastung des Budgets erfolgen und 5. ein „modernes“, dem „internationalen Standard“ angepasstes Steuersystem ermöglichen.

Die „Vereinfachung“ des Steuersystems ist aus verteilungspolitischen Gesichtspunkten nicht immer erstrebenswert. Die einfachste Steuer wäre eine Kopfsteuer. Im Reformpapier bezieht sich die Vereinfachung aber ausschliesslich auf Unternehmens-, Erbschafts- und Schenkungssteuern sowie auf Gebühren. Ein modernes, unternehmerfreundliches Steuersystem sollte geschaffen werden.

„Strukturbereinigend“ bezog sich in erster Linie auf eine Senkung der Lohnnebenkosten. Österreich hätte im internationalen Vergleich zu hohe Steuern auf den Verbrauch und zu viele indirekte steuerliche Wirtschaftsförderung. Insbesondere die lohnsummenabhängigen Abgaben seien um 2,5 Prozentpunkte des BIP höher als im EU-Durchschnitt. Dieses Ziel der Reform scheiterte am Widerstand der Gewerkschaften.

„Belastungsausgleichend“ sollte die Reform einerseits durch eine Tarifreform und Entlastung der Arbeitnehmer und andererseits durch Entlastung der Arbeitskosten sein. Die gestiegene steuerliche Belastung des Faktors Arbeit (im EU-Durchschnitt von 34,9% 1980 auf 42,6% 1996 des BIP) sollte einerseits durch Steuerentlastungen, andererseits durch stärkere Belastung des Faktors Kapital erfolgen, denn die Produktionsfaktoren Kapital, selbständige Arbeit, Energie, natürliche Ressourcen waren im EU-Durchschnitt von 42,1% 1980 auf 35,6% 1996 gesunken. Belastungsausgleichend war die Reform nur für beschäftigte Arbeitnehmer.

„Aufkommensneutral“ sollte die Steuerreform sein, indem die Tarifreform durch die Einführung neuer Steuern (Ökosteuer) ergänzt werden sollten. Auch dieser Vorschlag wurde nicht verwirklicht.

Bei abschliessender Betrachtung der Steuerreform 2000 steht man vor einem Rätsel: Wenn nicht Budgetsanierung und nicht soziale Gerechtigkeit

keit, wenn nicht höhere Wettbewerbsfähigkeit durch geringere Lohnnebenkosten was war dann der Sinn der Reform? Die Angleichung des österreichischen Steuersystems an das internationale? An welches? Gerade in der Steuerstruktur weisen die EU-Länder massive historisch bedingte Unterschiede auf – die hohen Vermögenssteuern Grossbritanniens, die unterschiedliche Bedeutung der Verbrauchssteuern und die unterschiedlichen Möglichkeiten der Steuerhinterziehung. (So etwa sind in einigen EU-Ländern, wie den Niederlanden, Steuern nicht von dem zu veranlagten, der das Einkommen bezieht, sondern von dem, der für den Auftrag bezahlt. Dieser muß dem Finanzamt melden und hat natürlich einen deutlich geringeren Anreiz Steuern zu hinterziehen als in Österreich.)

Was ist ein modernes, dem internationalen Standard entsprechendes Steuersystem? Und was hätte man mit jährlich 30 Mrd. ATS Staatsausgaben für Beschäftigung und Armutsbekämpfung tun können? Und was, wenn man auch das Kapital besteuert hätte?

7. Steuerpolitik aus der Biertischperspektive – die „Anpassungen“ der blau-schwarzen Koalition

Was die grosse Koalition nicht beschliessen wollte oder konnte, findet sich im Regierungsübereinkommen zwischen ÖVP und FPÖ: Etwa deutliche Steuererhöhungen, die allerdings „Anpassungen“ genannt werden, um sie von weiteren neuen Steuern abzugrenzen bzw. das Abgehen vom Ziel des „modernen Steuersystems“ nach internationalem Standard der Steuerreform 2000, denn Steuererhöhungen entsprechen nicht dem derzeitigen Trend in der EU. Die geplanten „Anpassungen“ bei der Mineralölsteuer und sonstigen Verbrauchssteuern ohne verteilungspolitische Korrekturen entsprechen freilich einer „Steuerpolitik aus der Biertischperspektive“.³⁰

Auffallend ist die geplante starke Anhebung der Gebühren, insbesondere im Gesundheitswesen. Viele anderen Länder haben ihre Finanzierungsprobleme der sozialen Sicherheit zunehmend über eine Erhöhung der Gebühren finanziert. Österreich war eines der wenigen Länder, in dem die Bismarcksche Idee einer staatlichen, über Beiträge finanzierten Grundversorgung für alle Arbeitenden und Mitversicherten im Bereich Krankheit, Unfall, Alter beibehalten wurde. Der geplante Selbstbehalt von 20% bei

³⁰ Weissel 1963, 28.

medizinischer Versorgung ist ein Abgehen von diesem Prinzip und verteilungspolitisch äusserst problematisch, da der Selbstbehalt nicht nach Einkommen gestaffelt ist. „Anpassungen“ und „Gebühren“ zeigen, dass die blau-schwarze Koalition nicht davor zurückscheut, die unteren Einkommensbezieher mehrfach zu belasten.

8. Was Ohnmacht macht

Das Ohnmachtsgefühl scheint tief in der österreichischen Seele verwurzelt zu sein. Die Ohnmacht des Sieges und ihre Auswirkungen auf die Sozialisierung der Arbeiterschaft nach dem Ersten Weltkrieg,³¹ die „unpolitische Ökonomie der Gewerkschaften“,³² die Ohnmacht vor dem internationalen Kapital, verbunden mit dem EU-phemismus damit in Österreich umzugehen,³³ führte letztendlich zur „Armut des Habens“,³⁴ zum „feigen Rückzug vor dem Neoliberalismus“.

Die Arbeit hat sich nicht damit beschäftigt, welche Alternativen bestanden hätten, sondern nur damit, was unter dem Vorwand „nichts tun zu können“ alles passiert ist. Am Beispiel der Budget- und Steuerpolitik sollte veranschaulicht werden, wie graduell und langsam der Übergang vom Keynesianismus zum Neoliberalismus in Österreich erfolgte. Budgetpolitik wurde ausgabenseitig zwar relativ lange zur Erhaltung der Beschäftigung eingesetzt (zumindest länger als in anderen Ländern), aber immer zäher, vom vollen Fass bis hin zum letzten Tropfen, und seit 1995 dem EU-Ziel geopfert. Die Sparpakete 1995 und danach zeigen einen Trendbruch in Österreichs Nachkriegsgeschichte. Steuerpolitisch zeigt sich, dass Österreich Steuern, das finanzpolitisch wichtigste Instrument der Umverteilung, nie voll zur Umverteilung einsetzte. Die Steuerquote sollte konstant bleiben, die Budgetausgaben irgendwie finanziert werden, und die Wirtschaft sollte gefördert werden. Die Steuerreformen seit 1988 zeigen, dass Österreich Steuern zum Steuerwettbewerb einsetzte. Die jüngsten Vorschläge der blau-schwarzen Koalition erinnern an Steuerpolitik aus der Biertischperspektive oder zumindest am Biertisch entstanden. Sie enthalten massive

³¹ Weissel 1976.

³² Weissel 1975.

³³ Weissel 1996.

³⁴ Schmee et al., 1999.

Belastungen der unteren Einkommensgruppen. In seinem Aufsatz „Steuern durch Steuern“ forderte Weissel (1999) daher zu Recht, den Konsum zu besteuern, was aktueller denn je ist, aber mit verteilungspolitischer Korrektur.

Der österreichische Handlungsspielraum besteht nach wie vor. Die Regierungsübernahme der schwarz-blauen Koalition – trotz massiver Proteste im In- und Ausland – zeigt, dass innenpolitisch immer noch ein hoher Spielraum vorhanden ist. Ob dieser allerdings zur „Wirtschaftsdemokratie auf einer Insel“ verwendet wird, wie Weissel (1985) die Selbstverwaltungsbestrebungen in Malta beschrieb, ist angesichts der EU-Mitgliedschaft fraglich. Wenn es aber der Ohnmacht der Akteure gelungen ist, so langsam und unmerklich den Neoliberalismus in Österreich durchzusetzen, die Einkommensverteilung zu verschlechtern, die Arbeitslosigkeit nicht zu senken, die Unternehmensbesteuerung abzuschaffen und doch die Abgaben zu erhöhen ohne das Budgetdefizit zu sanieren, dann stellt sich natürlich die Frage, ob Macht, „eine Politik ohne Opportunismus“,³⁵ nicht doch etwas anderes machen könnte.

Literatur

- Aiginger, K. (1986): Ursachen und Perspektiven der Stahlkrise, in: *Wirtschaftspolitische Blätter*, Heft 5/1986, S.493-515.
- Bellak, Ch., Clement, W., Hofer, R. (1997): Wettbewerbs- und Strukturpolitik in der EU und in Österreich, in: Nowotny, E., Winckler, G. (Hrsg), *Grundzüge der österreichischen Wirtschaftspolitik*, S.127-165.
- Farny, O. (1996): Analyse des Gewinnsteueraufkommens, in: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Heft 1, S. 61-83.
- Feuchtmüller, W. (1987): Der österreichische Kapitalmarkt und die Privatisierung, in: *Wirtschaftspolitische Blätter*, Heft 5-6/1987, S.564-574.
- Hauth, A. (1989): Die Arbeitszeit der österreichischen Wirtschaft, in: *Wirtschaftspolitische Blätter*, Heft 1/1989, S.18-29.
- Hemerijck, A., Unger, B., Visser J. (2000): *How Small States Negotiate Change*, in: Scharpf, F. und Schmidt, V. (Hrsg), *National Adjustment of Employment and Social Policy to Internationalization*, Oxford University Press.
- Inderst, G., Mooslechner, P., Unger, B. (1990): *Das System der Sparförderung in Österreich*, Heidelberg, 1990.

³⁵ Weissel 1991.

- Kratena, K., Marterbauer, M., Unger, B. (1988): Zukunftsperspektiven einer aktiven Budgetpolitik, Werkstättenblätter (Broschüre).
- Lehner, G. (1991): Die steuerliche Wirtschaftsförderung, in: Wirtschaftspolitische Blätter, Heft 4/1991, S. 472-481.
- Nowotny, E. (1988): Die grosse Steuerreform 1988 - Analyse und Bewertung, mimeo.
- Scharpf, F. (1987): Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa, Frankfurt.
- Scharpf, F. und Schmidt, V. (2000): (Hrsg), National Adjustment of Employment and Social Policy to Internationalization, Oxford University Press.
- Schmee, J., Weissel E. (1999): (Hrsg), Die Armut des Habens. Wider den feigen Rückzug vor dem Neoliberalismus. Verlag ProMedia, Wien.
- Schmitter, Ph. (1994), The Impact of Europolicy upon the Member Nation States, mimeo.
- Schmitter, Ph (1999), Reflections on the Impact of the European Union upon Domestic Democracy in its Member-States, European University, Florenz, Januar.
- Seidel, H. (1993): Austro-Keynesianismus - revisited, in: Weber (1993), S. 145-149.
- Szopo, P. (1991): Die direkte Wirtschaftsförderung in Österreich, in: Wirtschaftspolitische Blätter, Heft 4/1991, S.467-472.
- Talos, E., Kittel, E. (1999): Austrocorporatism in the 1990s, Paper prepared as a provisional draft for Stefan Berger and Hugh Compston, Social Partnership in Europe.
- Unger, B. (1997): Room for Maneuvre. Choices Left for National Economic Policy Making. Habilitation der Wirtschaftsuniversität Wien.
- Weber, Fritz, Theodor Venus (1993), (eds), Austro-Keynesianismus in Theorie und Praxis, Stiftung Bruno Kreisky Archiv, Vol.1, Dachs-Verlag, Wien.
- Weissel, E. (1976): Die Ohnmacht des Sieges. Arbeiterschaft und Sozialisierung nach dem Ersten Weltkrieg in Österreich. Studie des Ludwig Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, Europaverlag, Wien.
- Weissel, E. (1996): Der grosse EU-phemismus. Ein österreichisches Lehrstück über Manipulation. Verlag Kovac, Berlin.
- Weissel, E. (1963): Die grosse Chance, in: Arbeit und Wirtschaft, Heft 3/1963, S.6f.
- Weissel, E. (1963): Steuerpolitik aus der Biertischperspektive, in: Arbeit und Wirtschaft, Heft 5/1963, S.28.
- Weissel, E. (1972): Steuerpolitik als Kunst des Möglichen, in: Arbeit und Wirtschaft, Heft 1/1972, S. 13-15.
- Weissel, E. (1975): Die unpolitische Ökonomie der Gewerkschaften, in: Arbeit und Wirtschaft, Heft 1/1975, S. 5.

- Weissel, E. (1980): Das „Wunder“ der Sozialpartnerschaft. Einige paradoxe Erklärungsansätze, in: Schöpfer, G. (1980): Phänomen Sozialpartnerschaft. Festschrift für Hermann Ibler, Wien.
- Weissel, E. (1985): Wirtschaftsdemokratie auf einer Insel. Maltas Weg von der Mitbestimmung zur Selbstverwaltung, in: Mitbestimmung. Zeitschrift für Demokratie der Arbeitswelt, Heft 1/1985, S. 5-11.
- Weissel, E. (1991): Für Politik ohne Opportunismus. Wer ist ein Staatsmann, wer ist ein Politiker?, in: Die Zukunft, Heft 8/1991.
- Weissel, E. (1999): Steuern durch Steuern, in: Schmees, J. et al (Hrsg.): Die Armut des Habens. Promedia-Verlag, Wien, S. 174-182.
- Wirtschaftsbericht der Bundesregierung (1999): Wien, Juli 1999.
- WISO (1992): Steuerpolitik - Österreichische Entwicklung und internationale Vergleiche. Wirtschafts- und Sozialpolitische Zeitschrift des Instituts für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Dokument, Nummer 30, März 1992.